



StopEPA-Kampagne

e-Newsletter No. 16

Januar 2012



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte

Trotz vieler Verhandlungen ist es auch in den letzten Monaten noch zu keiner abschließenden Einigung zwischen der EU und den AKP-Staaten gekommen.

Durch die Neustrukturierung des GSP (General System of Preferences / APS Allgemeines Präferenzsystem) und eine von der EU im September 2011 veröffentlichte neue deadline für die EPA-Verhandlungen wurde der Druck auf die AKP-Staaten erheblich verstärkt.

Mit der 16. Ausgabe dieses Newsletters möchten wir Sie über die aktuellen Entwicklungen informieren.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika** (KOSA), August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de
Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

----- Inhalt -----

1. Der Stand der Dinge – Entwicklung der EPA-Verhandlungen
2. Links und tabellarische Übersicht über Regionen und jeweiligen Verhandlungsstand

1. Der Stand der Dinge – Entwicklung der EPA-Verhandlungen

Verändertes GSP und EU Deadline

Nachdem die EU ihr Allgemeines Präferenzsystem (APS), das so genannte „Generalized System of Preferences“ (GSP) neu strukturiert hat, besteht für einige AKP-Staaten die Gefahr, bei einem Scheitern der EPA-Verhandlungen auch aus dem GSP herauszufallen – was einen erheblichen Präferenzverlust für diese bedeuten würde.

Diese Neustrukturierung wurde nun durch eine von der EU gesetzte Deadline für die EPA-Verhandlungen verschärft. Die Europäische Kommission gab am 30. September 2011 bekannt, dass Staaten, die trotz eines bisher beschlossenen (Interim-) EPAs den notwendigen Schritten für die Ratifizierung und die Inkraftsetzung in ihren Parlamenten nicht nachkommen, ab dem 01. Januar 2014 keinen begünstigten Zugang zum europäischen Markt mehr erhalten sollen. Betroffen sind 18 AKP-Staaten, die seit dem 1. Januar 2009 von der Market Access Regulation 1528/2007 profitieren. Diese sollen nun gegebenenfalls von der Liste der Begünstigten genommen werden.¹ Der Antrag auf Ergänzung dieser Regelung wurde sowohl dem Europäischen Rat, wie auch dem Europäischen Parlament vorgelegt.² Sobald diese ihr Einverständnis geben, wird die Regelung offiziell in Kraft treten.

Es wird allgemein erwartet, dass die neue Regelung zur Marktzugangsverordnung und das neue GSP³ ab dem 01. Januar 2014 in Kraft treten. Ab diesem Datum müssen alle Staaten, die ein EPA ratifiziert haben mit der Implementierung der Liberalisierungsverpflichtungen beginnen. Die 18 von der neuen Frist betroffenen AKP-Staaten müssen ihr bisher unterzeichnetes oder paraphiertes (Interim-) EPA ratifizieren und umsetzen oder ein neues regionales EPA beschließen, um weiterhin von den vorteilhaften Marktzugängen zur EU profitieren zu können. Kommen sie der Ratifizierung nicht nach, d.h. das EPA also nicht abgeschlossen wird, fallen sie entweder unter die „Everything but Arms“⁴ Regelung (Burundi, die Komoren, Haiti, Lesotho, Mosambik, Ruanda, Tansania, Uganda, Sambia) oder das (dann reformierte) allgemeine Präferenzsystem (GSP) (Kamerun, Fiji, Ghana, Elfenbeinküste, Kenia, Swaziland, Zimbabwe)⁵. Es gibt aber auch Länder, die unter keine dieser beiden Regelungen fallen und somit durch kein Präferenzsystem aufgefangen würden: dies ist der Fall für Namibia und Botswana im südlichen Afrika. Kommen sie den Aufforderungen nicht nach, müssten sie ab dem 01. Januar 2014 volle Zölle und Steuern bezahlen (sowohl auf

¹ Das Paper „Legal constraints on the EU’s ability to withdraw EPA preferences under Regulation 1528/2007“ zeigt auf, dass das Vorhaben -die 18 Länder von der Bevorzugtenliste zu nehmen- gegen den Artikel 25(2) des Wiener Übereinkommens verstößt. Online abrufbar

[http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/091D31EBEC8DEE35C12579370033C84E/\\$FILE/ECDPM_BN27_Bartels_Amending_MAR1528.pdf](http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/091D31EBEC8DEE35C12579370033C84E/$FILE/ECDPM_BN27_Bartels_Amending_MAR1528.pdf)

² Vgl. <http://www.ecdpm-talkingpoints.org/epa-negotiations-the-honeymoon-is-over/>

³ Mehr zum GSP unter <http://ec.europa.eu/trade/wider-agenda/development/generalised-system-of-preferences/>

⁴ Mehr zum „Everything but Arms“- Schema unter <http://ec.europa.eu/trade/wider-agenda/development/generalised-system-of-preferences/everything-but-arms/>

⁵ Vgl. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/september/tradoc_148215.pdf

ihre Exporte, sowie für die Importe aus der EU). Für diese zwei Länder ist die Gefahr groß, dass sie aufgrund der Drucksituation ihre EPAs, bei denen noch eine ganze Reihe von Aspekten strittig und nicht geklärt sind, unterzeichnen.

Aufgrund der schon langjährigen Verhandlungen, die nicht zu einem Ergebnis geführt haben, befürchten sie jetzt, dass ihnen nicht genug Zeit für die Verhandlungen, den Abschluss, die Ratifizierung und die Umsetzung eines EPAs innerhalb der von der EU gesetzten Frist bleibt. Die EU verteidigt sich mit dem Argument, mithilfe der Deadline neue Verhandlungen anregen und regionale EPAs abschließen zu können. Axel Pougine de la Maisonneuve, Chef der politischen, wirtschaftlichen und Handelssektion der EU-Delegation in Südafrika gab dazu folgende Stellungnahme ab: "We wouldn't have done this if we didn't feel quite strongly that the EPA process will lead to agreements in the next few months and that we should be able to sign a deal with all parties by the end of the first quarter of 2012."⁶

Statt mit Hilfe der Deadline den Druck auf die AKP-Staaten zu erhöhen, sollte die EU besser konkrete Vorschläge machen, wie die ins Stocken gekommenen Verhandlungen wieder belebt werden können.⁷

Versammlung der AKP-Staaten und der EU-AKP Parlamentarier

Vom 21-23 November 2011 fand in Togo, Lomé, die gemeinsame parlamentarische Versammlung der AKP-Staaten, sowie die 22. Sitzung der AKP-EU Parlamentarier_innen statt. Die AKP-Staaten betonten die Notwendigkeit von Flexibilität in den EPA Verhandlungen. Einige AKP-Staaten hinterfragten die geplante Änderung der Market Access Regulation, mit dessen Inkrafttreten, eine endgültige Deadline für den Abschluss der EPAs gesetzt würde. Die Europäische Kommission verteidigte den Plan der Abänderung mit dem Argument, es sei nicht ihr Plan, die AKP-Staaten unter Druck zu setzen um ein EPA zu unterzeichnen, sondern es sei notwendig, Fairness zwischen verschiedenen AKP-Staaten herzustellen und die legale Sicherheit für die Wirtschaftsakteure endlich zu gewährleisten.

In Bezug auf die Flexibilität zeigt sich die EU bereit, das schon angebotene Entgegenkommen bezüglich Exportsteuern und Sicherheitsmaßnahmen zu vertiefen; dies hängt jedoch davon ab, ob es wirklich zu dem Fortschritt der Verhandlungen beiträgt. Die nächste JPA wird Ende Mai 2012 in Dänemark statt finden.

Afrika

Die Verhandlungen zwischen der EU und den Staaten **Zentralafrikas** sind in den vergangenen Monaten weitergeführt worden. So auch die Mitte April in Brazzaville, Republik Kongo, begonnenen Verhandlungen, die vom 7. bis 9. Juni in Brüssel vertieft wurden. Hier

⁶ <http://www.fm.co.za/Article.aspx?id=156520>

⁷ Vgl. <http://www.ecdpm-talkingpoints.org/epa-negotiations-the-honeymoon-is-over/>

ging es verstärkt um die Ursprungsregeln. Außerdem ging die Diskussion über ein Regionales EPA Support Programme und die richtige Methode zur Errechnung der Auswirkung auf die Steuereinnahmen weiter. Vom 26. bis 30. September fanden in Bangui, Zentralafrikanische Republik, die technischen Verhandlungen zwischen Zentralafrika und der Europäischen Kommission statt. Die für Mitte November geplanten technischen Verhandlungen in Brüssel wurden auf Februar 2012 verschoben.

Nach einigen Ungewissheiten über das weitere Vorgehen, trafen sich Vertreter der **Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC)** und der Europäischen Kommission am 15. September 2011 in Sansibar, Tansania, um über die Ergebnisse des 9. EAC-EC Treffens zu diskutieren. Die Parteien kamen überein, einen Plan aufzustellen, um die Verhandlungen Mitte Dezember zu Ende zu bringen. Die EAC-Experten sind am 16. Oktober zusammen gekommen, um über den Vorschlag der Europäischen Kommission bezüglich der Ursprungsregeln, Entwicklungszusammenarbeit und Landwirtschaft zu diskutieren. Diese Themen wurden auch beim vermittelnden Treffen Mitte November in Kampala, Uganda, vertieft, das auf die nächsten Verhandlungsrunden in Brüssel Mitte Dezember vorbereiten soll. Im Bereich der Landwirtschaft gibt es große Meinungsverschiedenheiten über die Exportsubventionen und die binnenländischen Hilfsmittel. Von den Verhandlungen in Brüssel erhofft man sich große Fortschritte für ein übergreifendes regionales EAC-EU EPA, das das im November 2007 abgeschlossene Interim-EPA ablösen soll. Peter Kiguta, Allgemeiner Direktor des EAC Zoll- und Handelsabteilung, gab im November an, dass die Verhandlungen voraussichtlich Mitte 2012 abgeschlossen werden. Er stellte die Wichtigkeit des EPAs für die EAC-Region heraus, das den europäischen Marktzugang nun endlich durch eine legale, vertragliche Basis absichern wird und somit eine langfristige und voraussehbare Handelsbeziehung zur EU sicherstellen wird.⁸ Südsudan hat den Beitritt zur Ostafrikanische Gemeinschaft bestätigt.

Für die Region **Östliches und Südliches Afrika (ESA)**, soll laut EU-Funktionären wahrscheinlich ein EPA mit unterschiedlichen Verbindlichkeiten abgeschlossen werden, da die Staaten große Unterschiede aufweisen. Am 11. Oktober fand ein Rattreffen der Minister vom östlichen und südlichen Afrika statt. Sie begrüßen zwar die Fortschritt bei den Verhandlungen in Richtung Handelserleichterung, dennoch weisen sie auf die Notwendigkeit hin, dass Entwicklung und regionale Integration das Hauptziel der Verhandlungen bleiben muss. Außerdem sollten beide Seiten Flexibilität bei der Umsetzung der EPAs aufbringen. Die Verhandlungen sollten vor dem Hintergrund einer realitätsnahen Analyse der erreichbaren Ziele endgültig zu Ende gebracht werden. Ende November trafen sich ESA und EU Vertreter in Mauritius um noch offene Aspekte auszuhandeln. Es wurden Fortschritte in

⁸ vgl. <http://allafrica.com/stories/201111020201.html>

den folgenden Bereichen gemacht: Landwirtschaft, Wettbewerbspolitik und Dienstleistungen. Es konnten Regelungen in Bereichen wie Dienstleistungen, Marktzugang, Kapitalbewegung und für spezielle Sektoren wie z.B. Tourismus erarbeitet werden. Dennoch blieben viele Fragen noch offen: Exportsubventionen und -rückerstattungen, besondere landwirtschaftliche Schutzmaßnahmen und Exportsteuern.

Am 1. Juli 2011 hat die Weltbank ihre jährliche Klassifizierung der weltweiten Wirtschaften in Bezug auf das Bruttonationaleinkommen pro Kopf veröffentlicht. Demnach gehört Sambia für das kommende Jahr zu den middle-income-countries und verliert somit den Status eines LDC. Sollte Sambia diesen Status für die kommenden drei Jahre beibehalten, ist das Land nicht länger berechtigt, am „Everything but Arms“ Handelsabkommen mit der EU teilzunehmen. Diese Tatsache wird den Druck auf Sambia erhöhen, schnell ein EPA abzuschließen.

Die im November 2010 von der **SADC-Region** geforderten Zollzugeständnisse, vor allem im Bereich des Marktzuganges für landwirtschaftliche, verarbeitete landwirtschaftliche und industrielle Produkte, wurden von der EU geprüft und die Ergebnisse im Mai der SADC vorgelegt. Nachdem sich Karel De Gucht einerseits mit dem namibischen Präsidenten Hifikepunye Pohamba sowie Ministern, Handelsvertretern und Stellvertretern der Zivilgesellschaft aus Namibia, andererseits mit dem Südafrikanischen Handelsminister Rob Davis getroffen hatte, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, die den EPA-Verhandlungen im Wege standen, wurden am 15. September die Verhandlungen zwischen der EU und den SADC-Mitgliedstaaten wieder aufgenommen. Während dieser Verhandlungen war jedoch keine Rede von der zwei Wochen später veröffentlichten Deadline. Die Reaktion auf die Veröffentlichung dieser Deadline war deshalb um so heftiger. Vor allem **Namibia** ist nun sehr beunruhigt, da es über kein Handelsabkommen mit der EU und deshalb auch über keinen bevorzugten Marktzugang zur EU verfügt. Sollte der Abschluss des EPA aufgrund der Meinungsverschiedenheiten in einigen Punkten nicht möglich sein, so müssten ab dem 01. Dezember 2014 volle Steuern und Zölle auf landwirtschaftliche Exporte in die EU bezahlt werden.⁹ Dies könnte für Namibia mehr als eine halbe Milliarde Dollar an zusätzlichen Abgaben für ihre Güter bedeuten. Um den Zugang zum europäischen Markt zu gewährleisten, wird Namibia den Abschluss eines EPA nicht vermeiden können. Auch wenn Namibia jetzt unter großem Zeitdruck steht, will die Regierung bei den Verhandlungen keine allzu großen Kompromisse machen und sich nicht mit einem unvorteilhaften Abkommen zufrieden stellen. Dr. Malan Lindeque, Sekretär des Handels- und Industrieministeriums äußert sich dazu wie folgt: “That will not work. The last time there was pressure to sign, Namibia was one of the countries that said we are not going

⁹ <http://www.newera.com.na/article.php?articleid=41131&title=Namibia%20to%20box%20EPAs%20in%20Lesotho>

to sign. I think they know it very well. We have had repeated assurances from their side that they will not force any country to enter into any unfavourable agreement [...]. Now they have mentioned a date, which is going to be a difficulty but, of course, the process will continue for us to conclude the negotiations".¹⁰

In Johannesburg kam es Mitte November zu einem weiteren Treffen zwischen SADC und EU Vertretern, mit dem Ziel der Lösung kontroverser Fragen näher zu kommen. Auf der Tagesordnung standen Fragen des Marktzugangs, Ursprungsregeln, Dienstleistungen und Investment, Entwicklungszusammenarbeit und geographische Herkunftsangaben. Nach Angaben einer EU Pressemitteilung wurde an der Ausformulierung des offiziellen EPA-Dokuments weiter gearbeitet, wenn auch noch elementare Fragen wie z.B. der spezifische Umfang mit landwirtschaftlichen Produkten offen geblieben sind.

Auf die von **Westafrika** im Mai in Dakar, Senegal, angebotene Liberalisierung von 70%, reagierte die EU beim Treffen in Brüssel Ende Juli zustimmend bezüglich bestimmter Inputs und Zwischenprodukte, die weder in der Region produziert werden, noch auf der Ausschlussliste vermerkt sind. Vom 15. bis 18. November hat eine Verhandlungsrunde zwischen Westafrika und den technischen Experten der EU in Accra stattgefunden. Dort wurde über das überarbeitete Marktangebot Westafrikas (70% Liberalisierungsplan über die kommenden 25 Jahre) diskutiert. Anfang November wurde vermutet, Ghana könne einen Alleingang beim EPA-Abschluss gehen, da die Handels- und Industrieministerin Hannah Tetteh mitteilte, es sei in drei Jahren EPA ECOWAS Verhandlungen zu keinem Ergebnis gekommen und Ghana müsse sich entscheiden, eventuell ein eigenes EPA auszuhandeln. Entgegen dieser Verlautbarung wurde von Hannah Tetteh einige Wochen später die Notwendigkeit eines regionalen EPAs hervorgehoben. Die verschiedenen Länder dürften aufgrund des nicht abgeschlossenen EPAs keines Falls unter verschiedene binationale Handelsabkommen fallen, da dies den regionalen Integrationsprozess untergraben würde. Deshalb soll mit Hilfe von Experten ein Konsens über ein regionales Abkommen ausgehandelt werden.¹¹

Am 9.12.2011 wurde den Kapverden von der EU die Teilnahme am GSP+ zugesichert. Es ist somit das erste afrikanische Land, das von diesem Präferenzsystem profitiert. Als LCD haben die Kapverden vorher am „Everything-but-Arms“-Schema teilgenommen, und hatten so zoll- und quotenfreien Zugang zum europäischen Markt. Um am GSP+ teilnehmen zu können, mussten 27 internationale Verträge über den Respekt an Menschen- und Arbeitsrechten, sowie der Umwelt und Good Governance unterzeichnet werden. So soll der GSP+ ein Ansporn sein, um nachhaltige Entwicklung und good governance durchzusetzen.

¹⁰ <http://www.observer.com.na/component/content/article/2-business/1168-namibia-pushes-for-best-epa-deal>

¹¹ vgl. <http://www.ghanabusinessnews.com/2011/11/28/ghanas-trade-minister-calls-on-trade-experts-to-reach-consensus-on-epa-negotiations/>

Das GSP+ hat nun mit den Kapverden seinen 16. Begünstigten, der von den vereinfachten Marktzugängen profitieren kann.¹²

Karibik

Nachdem die meisten CARIFORUM-Staaten die Implementierung der Tarifierliberalisierung zum 1. Januar 2011 nicht eingehalten haben, gab es einen Fortschritt in der Diskussion über eine neue CARIFORUM EPA-Implementierungsstruktur. Um den allgemeinen Problemen mit der Implementierung entgegenzutreten, trafen sich Ende Mai die CARICOM Staatsvertreter, um ein neues Regierungssystem zu diskutieren, welches eine legale Basis für die Implementierung von Entscheidungen innerhalb festgelegter Zeiträume verordnen würde. Die Implementierung der EPA wurde auch auf dem Treffen des CARIFORUM-EU EPA Handels- und Entwicklungskomitees (9-10 Juni in Barbados), sowie des CARIFORUM-EU Parlamentarischen Komitees (15-16 Juni in Brüssel) besprochen. Innerhalb der CARICOM und einigen karibischen Staaten wurden EPA-Implementierungsgruppen, sowie EPA-Koordinatoren eingeführt.

Irwin LaRocque hat das Amt des Generalsekretärs der CARICOM nach seiner jahrelangen Arbeit als Assistent für den Generalsekretär für Handel und Wirtschaftsintegration übernommen. Er wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass die CARICOM-Staaten ihre Konkurrenzfähigkeit und Produktivität steigern müssen, um die Vorteile des EPA voll auszukosten.¹³ In diesem Sinn spielt der karibische Export eine wichtige Rolle für das Ankurbeln der Leistungsfähigkeit innerhalb der Region. Der private Sektor soll in diesen Prozess mit einbezogen und seine Konkurrenzfähigkeit und Innovation verbessert werden.

Pazifik

Im April wurde die erste Verhandlung von Repräsentanten der EU und Papua Neuguinea in Port Moresby durchgeführt. Im Juni wurde von Papua Neuguinea das Interim EPA mit der EU ratifiziert.

In der Region gingen die regionalen EPA-Beratungen weiter. So wurde im August ein regionaler Konsens über die umstrittenen und offen stehenden Details der EPAs sowie das weitere Vorgehen bei den Verhandlungen mit der EU diskutiert. Die EPA Verhandlungen wurden während eines Treffens der Vorsitzenden der pazifischen AKP-Staaten als ein Thema der höchsten Priorität für das Jahr 2012 festgelegt. Auch bei der AKP-Ministerratsversammlung im Dezember 2011 wurde von Isileli Pulu (Vertreter der pazifischen AKP-Staaten, sowie Tongas Arbeits-, Handels- und Industrieminister) das Ziel mit der EU einen Verhandlungsabschlusses in diesem Jahr zu erreichen, nochmals beteuert.¹⁴

¹² vgl. Presseerlass der EU vom 9.12.2011. Online abrufbar unter: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=763>

¹³ vgl. http://www.caricom.org/jsp/pressreleases/press_releases_2011/pres448_11.jsp

¹⁴ vgl. <http://www.forumsec.org/pages.cfm/newsroom/press-statements/2011/pacific-committed-to-conclude-epa-with-eu.html>

3. Links

Interview mit Raúl Fuentes Milani (EU-Delegation von Namibia) über die Situation Namibias und die Beziehung zwischen Namibia und der EU

<http://www.namibian.com.na/news-articles/national/full-story/archive/2011/november/article/eunamibian-relations-strengthened-milani/>

Pressemitteilung des Sekretariats der Caribbean Community (CARICOM) vom 25.11.2011

http://www.caricom.org/jsp/pressreleases/press_releases_2011/pres448_11.jsp

Paper „Legal constraints on the EU’s ability to withdraw EPA preferences under regulation 1528/2007“ von Lorand Bartels. European Centre for Development Policy Management. No. 27. Oktober 2011.

http://xa.yimg.com/kq/groups/6098427/207381833/name/ECDPM_BN27_Bartels_Amending_MAR1528.pdf

Paper zum veränderten GSP und den veränderten Ursprungsregeln. Naumann, Eckart. 2011. „The Eu GSP Rules of Origin: An overview of recent reforms. Stellenbosch: tralac.

<http://allafrica.com/stories/201111020201.html>

Der englischsprachige monatliche Newsletter “Trade Negotiations Insights“ (<http://www.acp-eu-trade.org/>) wurde zum Jahresende 2011 eingestellt. Er wird jedoch in leicht veränderter Form unter folgenden Veröffentlichungen weitergeführt:

Bridges Africa

<http://ictsd.org/news/bridges-africa/>

Trade (GREAT) Insights

<http://www.ecdpm.org/>

Weitere Hintergrundinformationen:

Allgemeine Website der StopEPA-Kampagne:

<http://www.stopepa.de/>

Tabellarische Übersicht über gefährdete Länder, die im Falle eines Scheiterns der EPA Verhandlungen ab dem 01. Januar 2014 auf andere Zollabkommen mit der EU zurückfallen würden:

Abkommen	Einkommensstatus	Land
Everything But Arms (Zoll- und Quotenfreier Marktzugang – alles außer Waffen)	LDC	Burundi
		Komoren
		Haiti
		Lesotho
		Mozambique
		Ruanda
		Tansania
		Uganda
		Sambia
GSP / APS	Low income countries Lower middle income countries	Kamerun
		Fidschi
		Ghana
		Elfenbeinküste
		Kenia
		Swasiland
		Simbabwe
-	Upper middle income countries	Botswana
		Namibia

Tabellarische Übersicht über Regionen und jeweiligen Verhandlungsstand

LDC-Staaten sind unterstrichen.

(I)EPA initialled and signed	(I)EPA initialled, but not signed	No (I)EPA
CARIFORUM*		
Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, <u>Haiti**</u> , Jamaica, St. Lucia, St. Vincent, St. Kitts and Nevis, Suriname, Trinidad and Tobago		
Central Africa		
Cameroon		<u>Gabon</u> , <u>Equatorial Guinea</u> , <u>Congo Brazzaville</u> , <u>Democratic Republic of Congo (DRC)</u> , <u>Chad</u> , <u>Central African Republic</u> , <u>São Tomé e Príncipe</u>
West Africa		
Côte d'Ivoire	Ghana	<u>Benin</u> , <u>Burkina Faso</u> , <u>Cape Verde</u> , <u>Gambia</u> , <u>Guinea</u> , <u>Guinea Bissau</u> , <u>Liberia</u> , <u>Mali</u> , <u>Mauritania</u> , <u>Niger</u> , <u>Nigeria</u> , <u>Senegal</u> , <u>Sierra Leone</u> , <u>Togo</u>
Southern Africa Development Community (SADC)		
Botswana, <u>Lesotho</u> , <u>Mozambique</u> , Swaziland	Namibia	<u>Angola</u> , South Africa***
Eastern and Southern Africa (ESA)		
<u>Madagascar</u> , Mauritius, Seychelles, Zimbabwe	<u>Comoros</u> , <u>Zambia</u>	<u>Djibouti</u> , <u>Eritrea</u> , <u>Ethiopia</u> , <u>Malawi</u> , <u>Sudan</u>
East African Community (EAC)		
	<u>Burundi</u> , <u>Kenya</u> , <u>Rwanda</u> , <u>Tanzania</u> , <u>Uganda</u>	
Pacific		
Fiji, Papua New Guinea		<u>Cook Islands</u> , <u>Micronesia</u> , <u>Kiribati</u> , <u>Marshall Islands</u> , <u>Nauru</u> , <u>Niue</u> , <u>Palau</u> , <u>Samoa</u> , <u>Solomon Islands</u> , <u>Tonga</u> , <u>Tuvalu</u> , <u>Vanuatu</u>

* Only Region with a comprehensive EPA including Services, Investment, IPR and other trade related issues.

** In Haiti ratification and implementation are pending.

*** South Africa has a separate FTA with the EU (TDCA).

Quelle: http://www.stopepa.de/img/Afrika_im_Wuergegriff_der_EU.pdf

ANNEX 2: EPA NEGOTIATING REGIONS

(i) CARIFORUM (Caribbean Forum of ACP States)

CARIFORUM consists of the Caribbean Community (CARICOM) and Dominican Republic

Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaica, St. Lucia, St. Vincent, St. Kitts and Nevis, Suriname, Trinidad and Tobago

(ii) Central Africa

The regional negotiators for Central Africa are CEMAC / CEEAC (Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale / Communauté Economique Des Etats De L'Afrique Centrale)

Cameroon, Gabon, Equatorial Guinea, Congo Brazzaville, Democratic Republic of Congo (DRC), Chad, Central African Republic, São Tomé e Príncipe

(iii) West Africa

The regional negotiator for West Africa is CEDEAO / ECOWAS (Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest / of Economic Community West African States) in collaboration with UEMOA (Union Economique et Monétaire Ouest Africaine)

Benin, Burkina Faso, Cape Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea Bissau, Liberia, Mali, Mauritania, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo

(iv) The Southern Africa Development Community (SADC) EPA Group

The SADC secretariat assists the SADC EPA group in negotiations

Angola, Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa, Swaziland

(v) The Eastern and Southern Africa (ESA) EPA Group

The COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa) secretariat facilitates negotiations for the ESA EPA group

Comoros, Djibouti, Eritrea, Ethiopia, Malawi, Mauritius, Madagascar, Seychelles, Sudan, Zambia, Zimbabwe

(vi) The East African Community (EAC)

The East African Community (EAC) Secretariat co-ordinates negotiations for the EAC States

Burundi, Kenya, Rwanda, Tanzania, Uganda.

(vi) Pacific

The Pacific ACP Countries are negotiating as a region, assisted by the Pacific Islands Forum Secretariat

Cook Islands, Micronesia, Fiji, Kiribati, Marshall Islands, Nauru, Niue, Palau, Papua New Guinea, Samoa, Solomon Islands, Tonga, Tuvalu, Vanuatu

ANNEX 1: CURRENT TRADE REGIME BY ACP COUNTRY

Region	Countries (<u>LDCs underlined</u>)	Non LDC	LDC
Comprehensive EPA (signed and provisionally applied)			
CARIFORUM	Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, <u>Haiti*</u> , Jamaica, St. Lucia, St. Vincent, St. Kitts and Nevis, Suriname, Trinidad and Tobago	14	1
Interim Agreements (some signed, none implemented)			
SADC	Botswana, <u>Lesotho</u> , <u>Mozambique</u> , Namibia, Swaziland	3	2
Pacific	Fiji, Papua New Guinea	2	0
EAC	<u>Burundi</u> , Kenya, <u>Rwanda</u> , <u>Tanzania</u> , <u>Uganda</u>	1	4
ESA	<u>Comoros</u> , <u>Madagascar</u> , Mauritius, Seychelles, <u>Zambia</u> , Zimbabwe	3	3
Central Africa	Cameroon	1	0
Western Africa	Côte d'Ivoire, Ghana	2	0
Total		26	10
General System of Preferences (GSP, including EBA)			
Central Africa	<u>Central African Republic</u> , Rep. Congo, <u>DR Congo (Kinshasa)</u> , <u>Chad</u> , <u>Equatorial Guinea</u> , Gabon, <u>São Tome</u>	2	5
West Africa	<u>Benin</u> , <u>Burkina Faso</u> , Cape Verde*, <u>Gambia</u> , <u>Guinea</u> , <u>Guinea Bissau</u> , <u>Liberia</u> , <u>Mali</u> , <u>Mauritania</u> , <u>Niger</u> , Nigeria, <u>Senegal</u> , <u>Sierra Leone</u> , <u>Toqo</u>	1	13**
ESA	<u>Djibouti</u> , <u>Eritrea</u> , <u>Ethiopia</u> , <u>Malawi</u> , <u>Somalia</u> , <u>Sudan</u>		6
Pacific	Cook Islands, <u>East Timor</u> , <u>Kiribati</u> , Marshall Islands, Micronesia, Nauru, Niue, Palau, <u>Samoa</u> , <u>Solomon Islands</u> , Tonga, <u>Tuvalu</u> , <u>Vanuatu</u>	7	6
SADC	Angola		1
	Total	10	31
Trade, Development and Co-operation Agreement			
South Africa		1	
	Total	37	41

* Haiti does not yet provisionally apply, pending ratification by the Haitian Parliament.

** Cape Verde is no longer an LDC, but graduated recently and still qualifies for EBA until end-2010